

# Nützliche Nachrichten 6-7/2007

## Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Stadtparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 13. Juni 2007

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

---

### Editorial

Fast jede Woche melden sich die Mächtigen des Landes -Militärs- in der Türkei zu Wort, mischen sich in die Politik ein und lenken sie, agieren wie eine bewaffnete Partei. Seit drei Monaten ist die Exekutive und Legislative faktisch außer Kraft gesetzt.

Die Militärs gehen nicht nur gegen die islamische AKP-Regierung und gegen Kurden vor. Die USA, die EU und die kurdische Föderation im Irak werden täglich als Feinde, als Unterstützer des „Terrors“ attackiert. Die Militärs setzen ihren Kurs ununterbrochen fort. Ohne Einschaltung der Regierung und ohne gesetzliche Grundlagen wurden 3 kurdische Provinzen im Juni 2007 zu Sicherheitszonen erklärt, was faktisch einem Ausnahmezustand, ja sogar der Einführung des Kriegsrechts gleich kommt. Hunderttausende türkischer Soldaten mit schwersten Waffen sind an der Grenze zu Irak stationiert.

Dies alles reicht den Generälen nicht, sie rufen die türkischen Massen auf die Straße, um gegen die kurdischen „Separatisten“ vorzugehen. Schon jetzt werden die kurdischen Studenten in den Universitäten angegriffen, die kurdischen Saisonarbeiter an der Ägäis, am Schwarzmeer, in Konya und Adapazari werden zu Opfern von Lynchversuchen. Die initiierten Massendemonstrationen können sehr leicht die Zünder der pogromähnlichen Attacken der türkischen Nationalisten gegenüber den Kurden werden, die zu irakischen und libanesischen Verhältnissen führen könnten.

Überall in der Türkei werden Kriegstrommeln für eine militärische Operation gegen Irakisch-Kurdistan lauter. Eine begrenzte militärische Operation kann sich durch einen kleinen Funken in einen Krieg verwandeln, dessen Auswirkungen nicht vorhersehbar sind.

Am 12. Juni 2007 kamen Regierung und Militärs zu einem „Terrorgipfel“ zusammen. Nach dem Gipfel erklärte die als Erdogan-Regierung - Sündenbock des Militärs und der Kemalisten - sie hätten sich in allen Punkten geeinigt. Ob diese Einigung Krieg mit sich bringen wird, und ob in einem im Krieg befindlichen Land Parlamentswahlen abgehalten werden können, werden wir in Kürze erfahren.

In dieser Ausgabe der Nützlichen Nachrichten werden wir uns schwerpunktmäßig mit den im Voraus verkündeten „militärischen Operationen“ und ihren möglichen Folgen beschäftigen. Wir bringen aber auch höchst interessante Kommentare zur politischen Situation. Einer der mutigsten Intellektuellen der Türkei, Ahmet Altan, setzt sich z.B. mit dem Kurswechsel, der seiner Meinung nach bevorsteht, auseinander. Die Länge dieser Ausgabe ist der brisanten aktuellen Situation in der Türkei geschuldet.

Die nächste Ausgabe der Nützlichen Nachrichten wird erst im August – vielleicht also nach den Wahlen - erscheinen. Wir wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern einen guten und erholsamen Sommer und hoffen auf einige kleine und größere Spenden auf unser oben angegebenes Konto. Die Arbeit des Dialog-Kreises und die Herausgabe der Nützlichen Nachrichten kostet nicht nur Arbeitskraft, sondern auch Geld, obwohl alle nur ehrenamtlich mitarbeiten.

Ihre Redaktion

## Der Kommentar

### Der Dritte Weltkrieg könnte von der Türkei ausgehen

Von Ahmet Altan

Die Türkei ist auf dem Weg zu einer letzten, großen Abrechnung. Zwar blieb die befürchtete Spaltung aus ethnischen oder religiösen Gründen diesem Land erspart, es hat aber durch eine weitaus beängstigendere und grundlegendere Spaltung Schaden genommen. Die durch die gesamte Phase der Republik hindurch andauernde „kulturelle Spaltung“ hat sich nun gehörig verschärft. Heute haben wir auf der einen Seite eine breite Masse an streng gläubigen Menschen ohne qualifizierte Ausbildung, die ihre Schuhe vor der Wohnungstür ausziehen, bei denen die Frauen Kopftücher tragen, es den Männern nichts ausmacht, im Schlafanzug auf die Straße zu gehen, deren Söhne „Kaffeehäuser“ besuchen und deren Töchter völlig unterdrückt leben, deren Musikgeschmack zwischen Volkslied und Arabesk liegt, die möglicherweise noch nie ein Buch gelesen haben, noch nie mit ihren Ehepartnern in einem Restaurant waren, nie getanzt haben und niemals im Theater waren.

Auf der anderen Seite befindet sich eine westlichen Standards wesentlich näher kommende Gruppe von Menschen, deren Schulbildung ziemlich genau zwischen Mädchengymnasium und Robert College liegt, die schon mal in einem Hochzeitssaal oder auf einer College-Party getanzt haben, ins Kino gehen und Bücher lesen, wenn auch nicht viele, deren Wohnungen verhältnismäßig geschmackvoll eingerichtet sind, deren Musikgeschmack irgendwo zwischen Pop und Klassik angesiedelt ist, die vielleicht nicht erlauben, aber doch dulden, dass ihre Tochter einen Freund hat, die an Gott glauben, aber es mit dem Beten nicht so genau nehmen, deren Frauen keine Kopftücher tragen, die gelegentlich mit ihren Ehepartnern, bei einem Betriebsausflug etwa, Wein trinken, ohne ausgewiesene Weinkenner zu sein, die regelmäßig einen Blick in die Tageszeitungen werfen, die Klatschpresse verfolgen, sich im Vergleich mit der ersten Gruppe als viel weiter und fortschrittlicher empfinden, die eine gewisse Bildung vorweisen können, auch wenn ihr intellektuelles Niveau nicht sehr hoch anzusiedeln ist.

Die Lebensstile beider Gruppen sind voneinander isoliert und ohne Berührungspunkte.

Eine verbindende kulturelle Basis, wie es im Westen etwa Kirchenmusik, Ikonenmalerei und biblische Geschichten als schichtübergreifender, kollektiver Kunstgenuss darstellen (letztere sogar den Weg auf die Leinwand finden), gibt es nicht. Ihr Lebensstil, ihr Geschmack, ihre Gläubigkeit sind grundverschieden. Um nicht zu sagen entgegengesetzt und feindlich.

Die erste Gruppe wurde seit Gründung der Republik verachtet, übergangen, hin- und hergestoßen.

Diese Gruppe hat sich nun politisch organisiert. Es sind viele. Und sie verfügen nunmehr über die politische Macht, jede Wahl gewinnen zu können.

Die zweite Gruppe ist in der Minderheit. Und hat keine Chance mehr, je wieder eine Wahl für sich zu entscheiden.

Und an diesem Punkt tritt ein historisches Paradoxon in Erscheinung.

Die westlichere „zweite Gruppe“ ist dem Westen und westlichen demokratischen Werten spinnefeind, weil sie weiß, dass sie nie

wieder die Macht innehaben wird, wenn sie die politischen Werte des Westens akzeptiert.

Die Gruppe hingegen, die bereits durch ihren Lebensstil eine feindliche Einstellung zum Westen hat, möchte ihre Beziehung zum Westen ausbauen und die Demokratie akzeptieren, weil sie weiß, dass sie die Macht nur erringen kann, indem sie die Kriterien des Westens akzeptiert.

Angesichts dieser kulturellen Spaltung fällt der „Armee“ eine wichtige Rolle zu. Sollte sie die erste Gruppe unterstützen und sollte die Demokratie des Westens hier Akzeptanz finden, wird die Armee ihre Macht einbüßen.

Die Armee, die genau genommen aus den Kindern der ersten Gruppe besteht, kooperiert mit der zweiten Gruppe, mit der sie nichts gemeinsam hat, um die eigene Macht fortsetzen zu können. In gewisser Weise begeht sie damit Verrat an den eigenen Wurzeln.

Es sieht so aus, als hätten sich diese beiden Gruppen mobilisiert, um ein letztes Mal einen Kampf um die politische Macht auszufechten.

Die erste Gruppe ist mittlerweile auch wirtschaftlich stärker, sie produziert in Anatolien, sie verkauft ihre Produkte ins Ausland, weil ihr Verhältnis zum „Staat“ nicht ungetrübt ist. Sie hat Einkünfte. Sie unterstützt die eigene politische Organisation.

Die zweite Gruppe ist auch finanziell nicht stark.

Die große Bourgeoisie, an das Ausland verschuldet und mit ihm kooperierend, die intellektuellen Kreise, davon überzeugt, dass die Türkei sich nur durch Demokratisierung normalisieren kann, eine Handvoll Bürokraten, die der Meinung sind, der Staatsapparat müsse sich ändern und den Anschluss an die restliche Welt finden, sind die Unterstützer der ersten Gruppe.

Gerichtsbarkeit, Armee und ein bedeutender Teil der Bürokratie stehen hinter der zweiten Gruppe.

Die zweite Gruppe, ist nun, da sie begriffen hat, dass Machterhalt durch Demokratie unmöglich ist, auf der Suche nach einer Lösung jenseits von Politik und Demokratie.

Die Wahl des Staatspräsidenten hat die Schärfe der Auseinandersetzung sowie die Absichten beider Seiten enthüllt.

Die von der Armee unterstützte zweite Gruppe will jetzt auch keine Wahlen mehr. Putschgerüchte machen die Runde. Von Militärregimes ist die Rede. Also gut: Was geschähe, wenn es zu einem Putsch käme?

Die Gruppe mit dem eher westlichen Lebensstil kommt mit der Armee an die Macht und verliert die Unterstützung des Westens. Europa wird dies entschieden verurteilen.

Die USA könnten den Putsch, mit dem üblichen Pragmatismus, durchaus akzeptieren, werden jedoch im Gegenzug die Unterstützung der eigenen Nordirak- und Mittelostpolitik verlangen. Aber vor den USA steht ein ernst zu nehmendes Hindernis: Ein Land, das den Irak besetzte mit dem Versprechen, Demokratie zu bringen, wird der eigenen und der Weltöffentlichkeit nicht erklären können, warum es den Putsch in der Türkei unterstützt. Darüber hinaus haben die USA nicht die Macht, nach der Irak-Katastrophe eine zweite „Zwangsaktion“ zu verkraften. Die USA wird also wohl oder übel gegen den Putsch sein.

Was werden eine Armee und ein Staat, die Waffen und Gelder aus dem Westen beziehen, tun, wenn sie sich vom Westen abgewandt haben? Ich vermute, dass sie seit geraumer Zeit genau darüber nachdenken und ich fürchte, dass sie die Antwort darauf gefunden haben. Sollte es zu einem Putsch in der Türkei kommen, wird die Welt einer noch nie in ihrer Geschichte da

gewesenen Konstellation gegenüber stehen. Nach einem möglichen Putsch wird die Türkei bestrebt sein, sich mit Russland und dem Iran zu verbünden. Waffen, Energie und Geld wird sie von diesen beiden Ländern beziehen. Erdöl, Gas und nukleare Energie Russlands und Irans würden ausreichen, um die Türkei zumindest fürs Erste auf den Beinen zu halten.

Doch der Block Russland-Iran-Türkei würde das Gleichgewicht der Welt komplett verändern. Er risse die Kontrolle über den Mittleren Osten ganz an sich. Er hielte Europa auf dem eigenen kleinen Kontinent gefangen.

Er würde seine Macht um die Kaukasus-Region sowie Afghanistan und Pakistan erweitern.

Er ginge eine enge Beziehung zur islamischen Welt ein.

Er würde die Erdölquellen beherrschen.

Er könnte mit China kooperieren.

Diese Entwicklung würde den Einflussbereich eines auf Europa, die USA und ein wenig Japan reduzierten „Westens“ erheblich verringern...

Der neue Block wäre aus militärischer, energiepolitischer sowie finanzieller Sicht sehr gestärkt. Und so würde der Riss in der Türkei zu einem großen Riss in der Welt führen. Sollte es zu einem Dritten Weltkrieg kommen, so denke ich, dass er aus diesem Riss hervorginge.

„Das kann niemals geschehen“, könnten Sie einwenden. Wenn Ihnen aufschlussreiche Hinweise vorliegen, warum es nicht geschehen kann, nennen Sie sie.

Aber was, wenn doch? Und mir scheint es sehr wahrscheinlich...

Was werden Sie dann tun?

Ehrlich gesagt wünschte ich mir, dass alle einmal über dieses Szenario nachdenken... Alle...

Die Menschen, die sich heute in der Türkei in Lager spalten...

Und Europa, das die Türkei auf einen Platz außerhalb Europas zu drängen versucht und einen als ehemaliges Reich mit einem einerseits prachtvollen, andererseits sehr anfälligen Erbe ausgestatteten Staat arrogant und herablassend behandelt und sich aufmacht, ihn „oberlehrerhaft“ zu belehren, statt mit ihm zusammenzuarbeiten...

Aber auch die USA, die die Heuchelei in ihrer Türkei-Politik für Gerissenheit halten...

Die Wahrscheinlichkeit, dass eine sich in der Türkei abzeichnende blutige Auseinandersetzung die gesamte Welt in Mitleidenschaft ziehen würde, ist nicht so abwegig, wie Sie annehmen.

Vergessen Sie nicht – der Erste Weltkrieg hatte mit einem einzigen Pistolenschuss begonnen.

(Übersetzung: Hülya Engin, Gazetem.Net, 7.5.07)

## Das Versagen der türkischen Elite

Von David L. Edgerly

Am Samstag sind wieder Tausende von Türken auf die Straße gezogen, um für den säkularen Charakter der Republik zu demonstrieren, diesmal in der Stadt Denizli im Südwesten der Türkei. Die großen Kundgebungen der letzten Wochen in Istanbul, Ankara und anderen Städten haben international ein großes Echo hervorgerufen. Jeder einzelne Sprecher pries die Ideale Kemal Atatürks und warf der regierenden AKP vor, das Land in eine Art Mini-Iran verwandeln zu wollen. Die Demonstranten gehörten mehrheitlich der Mittel- und

Oberschicht an, islamische Kopftücher waren kaum zu sehen. Viele Istanbuler parkten ihre Geländewagen in einem modernen Shopping-Center, tranken ihren Caffè latte und besorgten sich auf dem Weg zur Kundgebung bei einem der zahllosen fliegenden Händler eine türkische Fahne.

Keine links angehauchte Demonstration wäre vollständig ohne Parolen gegen Globalisierung und Kapitalismus, gegen die Europäische Union und natürlich gegen die Vereinigten Staaten. Man schien sagen zu wollen: "Haltet die Welt an, ich will aussteigen." Statt für eine starke Türkei einzutreten, die eine wichtige Rolle in einer dynamischen Weltordnung spielt, hielten sich viele Demonstranten lieber an das alte Motto "Klein, aber mein". Dummerweise richtete sich ihre Kritik an die falsche Adresse. Statt verächtlich über die Regierung herzuziehen, hätten sie besser die selbstgefällige, unreife politische Klasse ins Visier nehmen sollen, die das Land seit vielen Jahrzehnten dominiert. Deren Versäumnisse hatten zu dem Vakuum geführt, das die AKP bei den Wahlen von 2002 sehr geschickt füllte.

Die alte politische Klasse wurde beherrscht von kleinen Parteien, deren Führern es in erster Linie darauf ankam, ihre eigene Position abzusichern. Schwerfällige Koalitionsregierungen aus wenig kompatiblen Partnern waren die unvermeidliche Folge. Wenn diese Parteien überhaupt politische Programme hatten, so waren sie weitgehend identisch. Die katastrophale Inflation, die die leistungsfähige türkische Wirtschaft jahrzehntelang beeinträchtigte, wurde ignoriert, weil es einfacher und - zumindest eine Zeitlang - weitaus lukrativer war, sich mit ihren Symptomen zu befassen, als die Krankheit zu kurieren.

Wenn diese politische Klasse stolz darauf war, die moderne Türkei zu repräsentieren, so hielt sie doch an einem Kennzeichen des Osmanischen Reiches fest: Alle Macht kam von oben. Die Masse der Bevölkerung war da, um regiert, nicht um gehört oder konsultiert zu werden. Im Grunde hatte das Volk dem allmächtigen Staat zu dienen und für ihn da zu sein, nicht umgekehrt. Unter diesen Bedingungen war es nahezu unmöglich, die tatsächlichen Probleme des Landes - Wirtschaftswachstum, Schul- und Gesundheitswesen, Arbeitslosigkeit - vernünftig anzupacken. Kaum hatte ein neuer Minister sein Amt angetreten und überlegte nun, wie er seinen morgendlichen Tee bestellen sollte, standen bereits Neuwahlen an. Immer wieder kam dieses chaotische System ins Stocken, und die Armee, die sich als oberste Hüterin der säkularen Republik versteht, schaltete sich ein, um Ordnung zu schaffen. Man muss der Armee zugute halten, dass sie die Macht jedes Mal an Zivilisten zurückgab.

Leider waren es immer die gleichen Zivilisten. Die Parteien mochten sich neue Namen zulegen, schmachvolle Wahlniederlagen erleiden oder einen Staatsstreich erleben - ihre Führer saßen wie festgeklebt auf ihrem Thron. Unzufriedene Anhänger gründeten noch kleinere Splitterparteien, statt sich kompromissbereit zu zeigen und natürliche Bündnisse zu schließen.

Die Türkei hat sich stark verändert, ohne dass diese isolierte politische Klasse es bemerkt hätte. Langsam, aber sicher zog Anatolien in die Städte ein. Rasch bildete sich eine selbstbewusste, dynamische islamische Bourgeoisie heraus. Junge Frauen fanden nichts dabei, mit Kopftuch durch die Viertel Istanbuls zu schlendern. Schlimmer noch, der politischen Klasse entging die wachsende Unzufriedenheit darüber, dass sich niemand um die wahren Probleme des Landes kümmerte.

Die Gründer der AKP betrachteten dieses Vakuum als große Chance für eine neue politische Bewegung, in der die Religion tatsächlich eine wichtige, aber keineswegs die einzige Rolle

spielte. Ehemalige Beamte, Geschäftsleute und viele, die sich vom bestehenden System ausgeschlossen fühlten, fanden die Partei attraktiv. Wichtiger noch, Politik wurde dort als ein Prozess verstanden, der von unten nach oben verläuft. Wahlkampf bei den alten Parteien bestand meist darin, dass die Leute auf einem Platz zusammengetrommelt wurden, denen man eine flammende Rede von ein, zwei Stunden hielt, bevor man in den nächsten Ort weiter zog. Dem Volk zuzuhören - das war hier nicht vorgesehen.

AKP-Mitglieder dagegen warben in jeder kleinen Ortschaft, in den ärmeren Vierteln der großen Städte. Alle Grundelemente einer modernen politischen Bewegung kamen zum Einsatz: persönliche Ansprache, computerisierte Wählerlisten, Schulung, geschickte Öffentlichkeitsarbeit. Das Wirtschaftschaos, das auf die Krise von 2001 folgte, war die Chance für die AKP bei den Wahlen im darauf folgenden Jahr. Die Unfähigkeit der politischen Klasse und die engagierte Basisarbeit der AKP verschafften der Partei einen glänzenden Wahlsieg. Die AKP gewann so viele Stimmen, dass sie die Regierung allein bilden konnte. Die meisten Oppositionsparteien waren aus dem Parlament gefegt worden. Neben der AKP saß nur noch eine andere Partei im Parlament - die altherwürdige, verkalkte Republikanische Volkspartei (CHP).

Seit den Wahlen von 2002 hat die AKP die drängendsten ökonomischen Probleme der Türkei angepackt. Die Inflation bewegt sich im einstelligen Bereich, die ausländischen Direktinvestitionen erreichen neue Höchstmarken, die Finanzen sind geordnet. Als die AKP an die Macht kam, war der Staatshaushalt in einer so desolaten Verfassung, dass viele angekündigte soziale Reformen verschoben werden mussten, bis der von Vorgängerregierungen angehäufte Schuldenberg einigermaßen reduziert war.

Doch die säkulare Mittel- und Oberschicht erregte sich über den Verlust ihres Einflusses. Die Sache spitzte sich zu, als die AKP Außenminister Abdullah Gül zum Nachfolger des strikt säkularen Staatspräsidenten Ahmet Necdet Sezer nominierte. Dass Güls Ehefrau ein Kopftuch trägt, reichte aus, um die säkulare Klasse zu mobilisieren. Sie konnte sich nicht damit abfinden, dass eine kopftuchtragende Frau in Atatürks Präsidentenpalast wohnen würde. Aus heutiger Sicht bestand der Fehler der AKP darin, dass sie sich allzu stark auf den Kern ihrer Anhängerschaft verlassen und sich nicht um andere Teile der Gesellschaft bemüht hat. Viele erfahrene Leute waren bereit, mit der AKP zusammenzuarbeiten, wurden aber weitgehend ignoriert. Dies erlaubte der alten politischen Klasse, die AKP als fundamentalistische Partei hinzustellen, deren Ziel es sei, die Republik durch die Scharia zu ersetzen. Da die traditionelle politische Elite so gnadenlos säkular war, betrachtete sie selbst private Religiosität als Signal islamistischer Umsturzabsichten. Vor dem Regierungsantritt der AKP begegnete man ganz selten einem hohen Beamten oder Politiker, der offen religiös war.

Die AKP beseitigte dieses Stigma und sorgte dafür, dass Leute, die offen ihre religiösen und konservativen Ansichten äußerten, also Leute, die nicht zum traditionellen gesellschaftlichen und politischen Mainstream gehörten, Zugang zu einflussreichen Ämtern in Verwaltung und Politik erhielten. Dies allein weckte unter der säkularen Elite die Befürchtung, die Türkei sei auf dem Weg zu einem gefährlichen Fundamentalismus. Angesichts der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in der modernen Türkei ist kaum vorstellbar, dass das Land jemals einer engstirnigen religiösen Doktrin erliegen wird. Aber schon die Furcht vor einer solchen Entwicklung mobilisiert die säkulare Elite, die ihre Interessen gefährdet sieht.

Ist diese Furcht so groß, dass die AKP bei den nächsten Wahlen eine Niederlage erleidet? Die Oppositionsparteien haben bislang nicht detailliert dargelegt, wie sie die wirtschafts- und sozialpolitischen Erfolge der AKP noch übertreffen wollen. Die Oppositionsparteien mögen Stimmen gewinnen, wenn sie Angst vor einer islamischen Regierung schüren, aber in Sachen Basisarbeit haben sie nicht dazugelernt. Die AKP bereitet sich seit ihrer Machtübernahme 2002 auf die nächsten Wahlen vor. Ständige Parteiversammlungen, Schulungstreffen, Wählerwerbung in Orten, die die Opposition nicht einmal auf der Landkarte finden würde, haben der Partei einen immer breiteren Rückhalt in der Bevölkerung verschafft.

Vermutlich wird die AKP auch nach den Wahlen im Juli stärkste Partei sein, aber die Zusammensetzung des Parlaments lässt sich kaum vorhersagen. Wenn zwei oder mehr Oppositionsparteien die Zehn-Prozent-Hürde schaffen und ins Parlament einziehen, müsste die AKP wohl eine Koalitionsregierung bilden. Ich persönlich gehe davon aus, dass Organisation über Rhetorik siegen und die AKP wieder allein die Regierung stellen wird. So dürfte abermals mit einer aufregenden Präsidentenwahl zu rechnen sein.

*Aus dem Englischen von Matthias Fienbork.*

*David Edgerly kam 1964 zum ersten Mal in die Türkei und war vier Jahre als Lehrer in Anatolien tätig. 1993 kehrte er als General Manager von Alliance Capital Management, einer amerikanischen Investmentgesellschaft, in die Türkei zurück. Er leitete die Abteilung Investitionen der Garanti Bank. Seit 2003 arbeitet er als Unternehmensberater. Er spricht fließend Türkisch und schreibt für die "Financial Times" Kommentare über die Türkei und die Region. Edgerly lebt in Istanbul.*

(mesop, 30.5.07)

**Ah!**

von Ece Temelkuran

Ich möchte etwas über die Särge der jungen Männer schreiben.

Aber wie?

Wie kann ich schreiben, ohne zu sagen, dass die Mütter, Geschwister, Bräute, Frauen und Kinder, die auf den Beerdigungen sprechen, wütend sind, um ihren Schmerz zu unterdrücken, aber dass dieser Schmerz mit noch mehr Wut und noch mehr Märtyrern nicht zu beseitigen ist?

Wie, ohne zu erzählen, dass Racheschwüre ausgesprochen werden, um die Wunden zu schließen, aber diese Racheschwüre dem Krieg nur noch mehr Munition liefern? Die Logik des Krieges!

Wie soll ich all diesen armen Menschen, deren Schmerz ich aus tiefstem Herzen teile, die Logik des Krieges erklären?

Wir können das nicht schreiben. Weil wir es nicht schreiben können, glauben diese Menschen, die Mütter, Väter, Geschwister, Bräute, Frauen und Kinder, dass wir ihren Schmerz nicht teilen. Sie fragen:

„Wo waren die Intellektuellen während der Märtyrerbeerdigungen?“

Sie waren zu Hause. Bei der Arbeit. Bei ihren Büchern. Vor dem Computer.

Sie haben geschwiegen. Denn wenn sie gesprochen hätten, hätten sie gesagt, dass der Krieg in Frage gestellt werden muss, um das Sterben zu beenden. Wenn sie das gesagt hätten, wären Gerichtsverfahren gegen sie eingeleitet worden. Sie wären zum

schweigen gebracht worden, damit ihre Stimmen kein weiteres Mal zu hören sind. Gestern hat Bekir Coskun in der Hürriyet geschrieben, dass es immer die Kinder der Armen sind, die sterben, und dass er sich fragt, ob das Sterben bis heute andauern würde, wenn die Kinder von Reichen, von Politikern oder Bürokraten sterben würden. Um von denen, die das Kriegsgeheul ausstoßen, nicht erschossen zu werden, hat Bekir Coskun in seinem Text betont:

„Dieser Text ist kein Text, der geschrieben wurde, um die Köpfe der Menschen durcheinander zu bringen und die Bürger von hohen Werten zu entfremden.“

Die Kinder sollen nicht sterben. Auch die Kinder der Bürokraten, der Politiker, der Kommandanten und der Reichen sollen nicht sterben. Kein Kind soll sterben. Ich will, dass der Tod eines armen Kindes genauso wichtig genommen wird, wie der eines Kindes von Reichen. Ich will, dass auf Märtyrerbeerdigungen keine Versprechen auf weitere Märtyrer gegeben werden, dass gesagt wird, „dieses soll der letzte sein“, dass die Schwüre dafür ausgesprochen werden.

Ich möchte nicht jedes Mal, wenn wir uns anschicken, einen Text zu schreiben, um uns vor der Blindheit der Wut zu schützen, zunächst erklären, warum dieser Text geschrieben wurde oder warum nicht. Ich teile den Schmerz um jedes sterbende Kind aus tiefstem Herzen.

Ich frage mich, ob dieser Krieg, der angefangen hat, bevor die Kinder geboren wurden, die heute beerdigt werden, noch andauern wird, wenn die heute geborenen Jungen zwanzig Jahre alt sind. Die Mütter, die heute Babys männlichen Geschlechts in den Armen halten, haben ein Recht auf diese Antwort. Ich möchte, dass mit lauter Stimme „Nein“ darauf geantwortet wird.

Verwirrt dieser Text die Menschen?

„Entfremdet“ dieser Text die Menschen von den „höchsten Werten“?

Ich weiß es nicht...

Ich weiß auch nicht, wie man keinen Schmerz empfinden kann angesichts meiner sterbenden jungen Brüder.

Und ich weiß nicht, wie man einen solchen Text schreibt.

(Milliyet, 08.06.2007, ISKU)

## Ereignis-Kalender

### PKK-Koordinator gefeuert

Die türkische Regierung hat nach nur neun Monaten den „Sonderkoordinator im Kampf gegen die PKK“, Exgeneral Edip Baser, des Amtes enthoben und an seiner Stelle Rafet Akgünay eingesetzt, der bisher stellvertretender Staatssekretär im Außenministerium war. Baser hatte kurz zuvor den Medien gegenüber seinen Rücktritt für Juni angekündigt, da „dieser Mechanismus vorbei“ sei. Die Pressestelle des türkischen Ministerpräsidenten erklärte dazu, die Verlautbarungen Basers in den Medien hätten die Arbeit negativ beeinflusst. Das System der „PKK-Koordinatoren“ war im vergangenen Jahr entstanden, um die Zusammenarbeit der Türkei, der USA und Iraks zum Thema zu koordinieren.

(ANF, 21.5.07, ISKU)

### PKK bringt ein Güterzug mit illegalem Waffenarsenal zum Erliegen

„Wie allgemein bekannt wurde haben unsere Guerillaeinheiten am 25 Mai 2007 im Kreis Genc/Bingöl einen Sabotageakt gegen einen Zug verwirklicht, der militärische Ausrüstung transportierte. Nachdem durch den Sabotageakt, 9 Waggons des Zuges umgekippt sind und in einem der Waggons ein Munitionsladung gefunden wurde, entfachten sich in den Medien Diskussionen. Der durch diese Aktion an die Öffentlichkeit gelangte internationale Skandal hat einmal mehr die geheimen Machenschaften und Beziehungen der Türkei insbesondere zum Iran und den regionalen Staaten auf der Grundlage einer antikurdischen Politik gezeigt und zu Tage gefördert. Der türkische Staat versucht diese Tatsachen zu verschleiern, in dem er unterschiedliche Theorien zu diesem Sabotageakt an die Öffentlichkeit bringt und wahrheitsfremde gegen unsere Bewegung gerichtete Behauptungen hervorbringt. Auf dieser Grundlage wird behauptet, daß dieser Sabotageakt mit Hilfe fremder Mächte verwirklicht wurde. Jedoch sollte jeder wissen das wir als Vereinigung in Kurdistan über ausreichende militärische als auch geheimdienstliche Aktivität verfügen. Diese Aktion wurde allein durch unsere militärische Kraft und Geheimdienstaktivität verwirklicht, ohne jegliche Hilfe fremder Mächte in Anspruch zu nehmen“, teilte die Hauptquartier der Volksverteidigungskräfte (HPG) am 3. Juni 2007 mit.

Mesop verbreitete eine andere Version des Geschehens, die folgendermaßen aussieht: „Die USA geben über ihr dem command staff in Arbil attachierten intelligence Personal der kurdisch-iranischen PJAK-Guerilla, zu der sie täglichen Kontakt halten, einen interessanten Hinweis, den PJAK als einen „fetten Braten“ unverzüglich und direkt an die assoziierte PKK weitergibt. Wo man sofort begreift: die Amerikaner, die uns zur Zeit die Türken vom Leibe halten, haben einen großen Wunsch. Es folgt nun - wie auf Bestellung - ein wundervoller Coup: der präzise vorausgesagte Train wird pünktlich und exakt knapp hinter der iranisch-türkischen Grenze durch die PKK gestoppt, nicht recht von dieser attackiert, sondern demonstrativ nur einfach lahmgelegt, so daß die offizielle Türkei - es bleibt ihr gar nichts andres übrig - wohlherhaltene und gut verpackte iranische Waffen en route Syrien finden muß. Aus Iran via Türkei via Syrien für die Hezbollah.

Schöner kann ein solcher Coup kaum gehen. Formal gesehen schon beinahe ästhetisch. Praktisch gesehen ein überzeugendes Resultat gelungener Arbeitsteilung zwischen der PKK und den Vereinigten Staaten von Amerika“.

Inzwischen sah sich die Türkei gezwungen, die Frachtpapiere zu veröffentlichen und den Waffenfund zu bestätigen - womit man anfangs noch sehr gezögert hatte.“

(HPG, 3.6.07, mesop, 3. und 4.6.06; Mother Jones online, Magazine, 2.6.2007)

### Sicherheitszonen an der Grenze zum Irak

Der türkische Generalstab hat einige Gebiete in den drei Provinzen, Sırnak, Siirt und Hakkari, für die Dauer von 3 Monaten zu Sicherheitszonen erklärt, was de facto dem Kriegsrecht oder Ausnahmezustand gleichkommt. In seiner Internetseite gab der Generalstab am 6. Juni 2007 die Koordinaten der betreffenden Zonen bekannt, in denen nun vom 9. Juni bis 9. September 2007 Eintrittsverbot herrscht.

In dieser Region wurden Betretungsverbote für Presse, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sowie oppositionelle politische Kräfte erlassen.

„Der Ausnahmezustand in den drei kurdischen Provinzen Sirnak, Hakkari und Siirt, der Aufruf zu antikurdischen Demonstrationen sowie Vorschriften zur Mobilmachung stellen unweigerlich die Assoziation zum Bürgerkrieg her. Die Gesellschaft zerfällt Schritt für Schritt in zwei Lager“, berichtete die Tageszeitung Yeni Özgür Politika am 11. Juni 2007.

So hat der Generalstab nach der Ausrufung des Ausnahmezustands in Sirnak, Hakkari und Siirt Protokolle zu Bestimmungen der Mobilmachung von Busfirmen unterzeichnen lassen. Diese Bestimmungen sehen vor, dass Fahrer und Fahrzeuge sich innerhalb von sechs Stunden an bestimmten Orten einfinden müssen. Kommen sie dieser Aufforderung nicht nach, wird ihnen wegen „Verhinderung des Transports von Militärs während der Mobilmachung“ der Prozess gemacht.

Politische Vertreter aus den betroffenen Provinzen forderten eine unverzügliche Rücknahme der Ausrufung des Ausnahmezustands und wiesen darauf hin, dass die Methoden des Ausnahmezustands in der Vergangenheit bereits unzähliges Leid verursacht, aber das Problem nicht habe lösen können.

Gewerkschaftsverbände und Berufskammern wie KESK, DISK, TMMOB usw. gaben unterdessen eine gemeinsame Presseerklärung gegen den Aufruf des Generalstabs, „massenhaft Reflexe“ zu zeigen, ab, in der sie darauf aufmerksam machten, dass die bestehenden Probleme mit Gewalt nicht zu lösen seien. Weiter riefen sie zivile Einrichtungen und politische Parteien dazu auf, sich von einem Sprachgebrauch zu distanzieren, der darauf angelegt sei, die Gesellschaft zu spalten.

In Istanbul und Izmir fanden erste Protestkundgebungen gegen die Ausrufung des Ausnahmezustands statt, in denen auf die damit verbundenen Gefahren aufmerksam gemacht und die Geschwisterlichkeit der Völker betont wurde.

(ANF, 6.6.07, ISKU, NTV, CNN-Turk und Milliyet, 7.6.07; YÖP, 11. und 12.6.07, ISKU)

## Neue Wahlhürden gegen kurdische Kandidaten

Die Kontrahenten im türkischen Parlament sind sich schnell einig, wenn es um die Kurden geht. Die innenpolitischen Kämpfe werden beiseite geschoben und es herrscht Einheit bei der Versperrung der Tore für die kurdischen Volksvertreter. Mit Stimmen aller im Parlament vertretenen türkischen Parteien wurde ein neues Gesetz verabschiedet. Es regelt, dass die Namen unabhängiger Kandidaten auf dem Wahlzettel der Parteien gedruckt werden sollen. Bisher konnten die Wähler die Namen unabhängiger Kandidaten in einen separaten Wahlzettel eintragen. Die kurdischen Politiker kritisieren die neue Regelung als einen weiteren Versuch, ihre Wahlchancen zu beeinträchtigen. Die kurdische "Partei für eine demokratische Gesellschaft" (DTP) hatte beschlossen, nicht als Partei anzutreten, sondern aufgrund der Sperrklausel über unabhängige Kandidaten. Sollten 20 gewählt werden, was als wahrscheinlich gilt, hätten sie im neuen Parlament Fraktionsstatus. In der Zeitung "Hürriyet" hieß es, Maßnahmen wie diese trieben die Kurden in die Arme der PKK.

Ferner teilte der Hohe Wahlausschuss der Türkei mit, dass die ehemaligen DEP-Abgeordneten bei den bevorstehenden

Parlamentswahlen am 22. Juli nicht als unabhängige Kandidaten antreten können. Da Orhan Dogan, Selim Sadak und Hatip Dicle mit einem politischen Betätigungsverbot belegt seien, hätten ihre Kandidaturanträge abgelehnt werden müssen, so heißt es in einer Veröffentlichung des Wahlausschusses. Das gleiche gilt für den ehemaligen Ministerpräsidenten Erbakan. Leyla Zana kandidierte aus privaten Gründen nicht.

Orhan Dogan kündigte an, den Fall vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu bringen, da über die ehemaligen DEP-Abgeordneten noch kein endgültiges Urteil gesprochen worden sei. Das letzte Urteil liege noch beim Kassationsgerichtshof, weswegen der Entscheid des Wahlausschusses keine rechtliche Grundlage habe.

(F.A.Z., 19.5.07; YÖP, 22.5.07; ANF, 8.6.07, ISKU)

## Fortsetzung des militärischen Vormarsches in der Politik

Seit zwei Monaten gehen Menschen nicht ins Bett ehe sie ein Blick auf die Internetseite des Generalstabs werfen, da die türkischen Militärs zu einer Gewohnheit gemacht haben, die Ultimaten an die Adresse der Politik in der Dunkelheit um Mitternacht ins Netz zustellen. Früher (1960, 1971, 1980) hatten sie um diese Zeit die Panzer rollen lassen. Im Februar 1997 haben sie die Panzer um Mittagszeit rollen lassen, damit jeder die Botschaft unmissverständlich versteht. Anscheinend haben die türkischen Viersternengeneräle sich der neuen Zeit angepaßt. Sie setzen nicht die Panzer in Bewegung, sondern verbreiten ihre Ultimaten in der Dunkelheit der Nächte. Es war am 27. April so und auch am 8. Juni 2007.

Wir lesen: „Der Generalstabschef General Yasar Büyükanit, hat in seiner Pressekonferenz am 12. April 2007 der Öffentlichkeit offen erklärt, dass der Terror ab Mai 2007 ansteigen wird. Die Terrorvorkommnisse der letzten Tage haben gezeigt, dass diese Einschätzung richtig war. Die Terroraktionen haben in sehr klarer Weise die wirklichen Ziele der rassistischen und separatistischen Terrororganisation gezeigt.

Nunmehr ist die Zeit gekommen, in der man das wahre Gesicht der Ereignisse erkennt und der Personen und Organisationen, die sich zu jeder Gelegenheit im In- und Ausland für hohe Werte der Menschheit wie Frieden, Freiheit und Demokratie einsetzen und die von der Terrororganisation als Schutzschild benutzt werden.

Die türkische Republik ist mit einer Haltung konfrontiert, welche die nationale und einheitliche Struktur als nicht mehr zeitgemäß betrachtet. Es ist erforderlich und notwendig, dass man diese für unsere Nation gefährliche Haltung erkennt.

Es besteht kein Zweifel, dass die steigende Zahl der Terroranschläge ein sehr klares Anzeichen für diese Art des Denkens und für diejenigen ist, die direkt oder indirekt diese verzerrten Gedanken unterstützen.

Die türkischen Streitkräfte besitzen hinsichtlich des Anti-Terrorkampfes eine unerschütterliche Entschlossenheit. Und es ist eine nicht zu diskutierende Realität, dass sie eine notwendige Antwort auf diese Art von Anschlägen geben werden.

Die Erwartung der türkischen Streitkräfte ist, dass das geehrte türkische Volk massenhaft seine Haltung gegen diese Art von Terroraktivitäten demonstriert.“

Diese mitternächtliche Erklärung wird von der türkischen Intelligenzija als Einmischung in die Politik bewertet und die Einladung der türkischen Massen auf die Straße zu gehen, wird

als Provokation gegenüber den Kurden, die leicht zu einem türkisch-kurdischen Bürgerkrieg führen könne, verstanden. Die Einmischung des Militärs in die politischen Tagesgeschehen zeigt das Niveau der türkischen Demokratie, die sich seit 1999 der EU annähert und ist zugleich das Zeugnis der Demokratie a la Türkei.

## „Terror-Gipfel“ in Ankara

"Nieder mit der PKK, raus mit der AKP!" In der Türkei verwandeln sich öffentliche Trauerfeiern für Soldaten, die in Gefechten gegen die PKK getötet wurden, immer häufiger zu lautstarken Kundgebungen gegen die Regierung in Ankara. Wenn Politiker der Regierungspartei AKP von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan die Beisetzungen besuchen, um ihre Anteilnahme zu bekunden, müssen sie angesichts der wütenden Sprechchöre ein dickes Fell haben. Vierzig Tage vor den Parlamentswahlen am 22. Juli wächst der Druck auf Erdogan, einen Militärschlag gegen die PKK-Stützpunkte in Nordirak anzuordnen. Nach langem Zögern bat Erdogan die Armeespitze am 12. Juni 2007 zu einem "Terror-Gipfel", um über einen möglichen Einmarsch zu sprechen. Die Armee macht seit Monaten Mobil für eine grenzüberschreitende Operation. In den 90er Jahren startete die Armee 24 großformatige Militäroperationen, die ergebnislos blieben. Erdogan ist zurzeit noch gegen eine Intervention, weil er schwere außenpolitische Probleme mit Irak, den USA und auch mit den Europäern befürchtet.

Vor dem "Terror-Gipfel" bekräftigte Erdogan seine Vorbehalte. Bevor über eine Bekämpfung von 500 PKK-Rebellen jenseits der Grenze nachgedacht werde, müsse man sich fragen, ob der Kampf gegen die 5000 Rebellen auf türkischem Gebiet bereits beendet sei, sagte er. Ein Einmarsch wolle gut überlegt sein. Das sehen Erdogans Gegner ganz anders. Sie werfen der Regierung vor, sie sei schuld am Tod der Soldaten, weil sie die PKK im Irak nicht angreifen wolle.

Der Premier und auch viele Zeitungen warnen die Opposition zwar davor, den Tod der Soldaten politisch ausbeuten zu wollen. Doch die Appelle verhallen ungehört. "Die Trauerfeiern werden zu Wahlkampfveranstaltungen", analysierte der Fernsehsender NTV.

Medienberichten zufolge sollte bei dem Treffen ein Stufenplan besprochen werden, der zunächst eine diplomatische Initiative vorsieht. Demnach will Ankara die USA und die irakische Regierung ein letztes Mal zu Maßnahmen gegen die PKK aufrufen und ausdrücklich auf die Möglichkeit einer türkischen Militäraktion auf irakischem Territorium hinweisen. Erdogan sagte, vielleicht werde der irakische Ministerpräsident Nuri al-Maliki dazu nach Ankara eingeladen. Tragen diese Bemühungen keine Früchte, sollen die Panzer rollen. Wann der Einmarsch beginnen könnte, ist noch unklar. Die Armee hat zwar bereits Hunderttausende Soldaten in Grenznähe stationiert, doch dürften bis zu einem möglichen Einsatzbefehl noch Wochen vergehen: Für eine Invasion ist nicht nur die Zustimmung Erdogans, sondern auch ein Auftrag des Parlaments erforderlich, das dazu aus der Sommerpause gerufen werden müsste.

Der irakische Außenminister Hoschiar Zabarî hat am gleichen Tag der Türkei das Angebot gemacht die bestehenden Probleme im Dialog zu lösen, dazu gehöre auch die Problematik um die PKK, die in der Türkei gelöst werden müsse. Noch vor wenigen Tagen hatten der irakische Staatspräsident Dschelal Talabani und der Präsident des kurdischen Teilstaats in Irakisch-

Kurdistan, Masut Barzani, gemeinsam erklärt, dass eine Zusammenarbeit des Iraks mit der Türkei gegen die PKK nicht in Frage komme. Die PKK sei ausschließlich ein türkisches Problem und seine einzige Lösung sei die Revision der türkischen Kurdenpolitik.

US-Außenministerin Condoleezza Rice erklärte, dass die USA bereit seien, mit der Türkei im Kampf gegen den Terror zusammenzuarbeiten, aber dass „eine gewaltsame und einseitige Aktion“ keinen Nutzen bringe. „Ich denke, dass die Türken die Nachteile einer grenzüberschreitenden Operation kennen und verstehen“, sagte sie. Auch der Sprecher des US-Außenministeriums McCormack sprach von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zur Lösung des Problems.

Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer hat die Türkei zur Mäßigung im Umgang mit kurdischen Rebellen im Nordirak aufgerufen. Im Kampf gegen Terrorismus stehe die Allianz fest an der Seite der türkischen Regierung, sagte De Hoop Scheffer am 12. Juni nach einem Treffen mit Außenminister Abdullah Gül in Ankara. "Die Nato hofft, dass eine Lösung mit einem Maximum an Zurückhaltung gefunden werden kann."

Für Erdogan kommt noch hinzu, dass Krieg und allgemeine Mobilmachung den rechten und linken Nationalisten in die Hände spielen würden, gegen die er sich bei den Parlamentswahlen am 22. Juli behaupten will. Erfahrene Beobachter warnen außerdem davor, dass ein türkischer Waffengang im Nordirak die Wahlen ganz gefährden könnte. Denn in den Meinungsumfragen liegt immer noch die AKP von Erdogan weit vorne - die Partei, gegen die der Generalstab am 27. April seine Putschdrohung zum "Schutz des Laizismus" veröffentlicht hatte. Am 8. Juni legte das Militär nochmals nach und forderte die "Türkische Nation" auf, "ihre Reaktion gegen den Terror in massenhaftem Stil zu zeigen."

(Reuters, Berliner Zeitung und Der Standard, 12.6.07;  
Weser Kurier, 13.6.07)

## PKK: Keine Aktionen außer im Rahmen der Selbstverteidigung

Wie der KCK-Exekutivrat erklärt hat, habe die türkische Armee mit Hilfe der Medien die Anspannung in der Gesellschaft bewusst in die Höhe getrieben. Aufgrund dessen sei es zu mehr Gefechten in Kurdistan gekommen, bei denen beide Seiten Verluste erlitten hätten. Der Guerilla habe keine Aktionen außerhalb von Vergeltungsschlägen im Rahmen der Selbstverteidigung durchgeführt.

Weiter heißt es in der Erklärung: „Wie bekannt besteht der am 1. Oktober 2006 ausgerufene einseitige Waffenstillstand immer noch. Trotzdem wurden vermehrt Militäroperationen durchgeführt. Diese Operationen bezwecken die Vernichtung der sich in Selbstverteidigungshaltung befindlichen Guerilla und zwingen diese dazu, sich zu verteidigen. Angesichts der erlittenen Verluste nutzt der Guerilla natürlicherweise ihr Recht auf Vergeltung. Wir erklären hiermit offen, dass die Anspannung ein Ende finden wird, wenn die Operationen eingestellt werden. Die Aufrufe und Forderungen verschiedener demokratischer Kreise, Intellektueller und unseres Volkes, die Operationen zu stoppen, sind deshalb richtig und müssen Beachtung finden. Wenn dies geschieht, wird es auch nicht mehr möglich sein, dass es zu Gefechten kommt. Wenn die Regierung die Anspannung mindern will und die Wahlen in einer sichereren Atmosphäre stattfinden sollen, ist der einzige Weg dazu die Einstellung der Angriffe der Armee. Ganz offensichtlich wollen bestimmte Kreise

bewusst die Anspannung steigern und daraus politischen Profit schlagen. Insbesondere geht es dabei um den Plan, die rassistischen Kreise der „Rote-Apfel-Fraktion“ an die Macht zu bringen.“

Die Guerilla trage nicht zu einem Ansteigen der Spannungen bei: „Unsere Kräfte können sich verantwortungsvoll verhalten. Wer nicht daran glaubt, kann persönlich kommen, die Lage beobachten und feststellen, wer die Anspannungen fördert. Bis jetzt sind es ausschließlich die türkische Armee und der türkische Staat, die für die auf beiden Seiten erlittenen Verluste und die genannte Anspannung verantwortlich sind.“

(ANF, 12.6.07, ISKU)

### **"Mykonos"-Attentäter könnte bald freikommen**

Rund 15 Jahre nach dem „Mykonos“-Attentat soll angeblich nach dem Willen der Bundesanwaltschaft der Drahtzieher Kazem Darabi vorzeitig aus der Haft entlassen werden. Wie der "Spiegel" berichtet, soll Darabi Ende des Jahres das Gefängnis verlassen und nach Teheran abgeschoben werden.

Bei dem Anschlag im Restaurant „Mykonos“ in Berlin-Wilmersdorf waren 1992 vier kurdische Politiker, darunter der Generalsekretär der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran, getötet worden. Darabi wurde deswegen 1997 zu 25 Jahren Haft verurteilt. Das Kammergericht und der Bundesgerichtshof sahen es später als erwiesen an, dass die Mörder im Auftrag der damaligen Regierung des Iran gehandelt hatten.

Die Strafverfolger begründen die aktuelle Entscheidung angeblich damit, dass der 48-Jährige fast zwei Drittel seiner Haftstrafe abgesessen habe; wie andere Straftäter auch könne er nach einer Mindestverbüßdauer freikommen.

(Die Welt, 3.6.07 ; mesop, 4.6.07)

### **Deutschland: Vorbild für Irak**

Farsat Ahmad Adullah ist ein würdevoller älterer Herr, der einen korrekten blauen Anzug trägt. Er spricht gemessen, wie es seinem Amt als Präsidiumsmitglied des kurdischen Parlaments gebührt, auch wenn er an diesem schwülen Abend im Biergarten eines Frankfurter Hotels sitzt. Einmal allerdings leuchten seine Augen auf, verraten ehrliche Begeisterung. Das ist, als er über die Architektur des Deutschen Bundestages spricht: "Ihr Parlament hat keine Wände, alles ist aus Glas. Das ist ein Ausdruck dafür, dass hier offen und ohne Geheimnisse gearbeitet wird." Im Bundesverfassungsgericht sei ihm das auch aufgefallen, fügt er hinzu.

Adullah ist der Leiter einer kleinen Gruppe von irakischen Politikern, die für eine Woche nach Deutschland gekommen sind, um den Föderalismus zu studieren. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat ihren Aufenthalt organisiert, zu dem auch Besuche im Bundesrat, im Auswärtigen Amt, bei der Stasi-Unterlagenbehörde und im Berliner Abgeordnetenhaus gehören. Die sechs Politiker, allesamt Abgeordnete der kurdischen Regionalversammlung, sind Gäste einer Serie von Kurzseminaren, mit denen deutsche Einrichtungen versuchen, der jungen und wackligen irakischen Demokratie aufzuhelfen. Der deutsche Föderalismus dürfte dabei von besonderem Interesse sein, denn eines vermuten viele: Wenn der Irak eine Überlebenschance als territoriale Einheit haben sollte, dann nur

in Form eines Bundesstaates mit weit reichenden Befugnissen für die drei Hauptregionen des Landes.

Wenn man den sechs Irakern zuhört, wie sie den Deutschen Komplimente machen, dann wird einem nach einiger Zeit klar, dass sie das nicht (nur) tun, um ihren Gastgebern zu schmeicheln. Für diese Politiker ist die Entwicklung Deutschlands ein Ansporn, eine Hoffnung, dass es ihrem Land eines Tages auch wieder besser gehen könnte.

(F.A.Z., 13.06.07)

### **PKK-Aktionen befürchtet**

Die deutschen Sicherheitsorgane rechnen mit gewalttätigen Aktionen der PKK in den kommenden Wochen. Die angebliche Beendigung des von der PKK im Oktober 2006 verkündeten Waffenstillstands in der Türkei wird nach einem internen Lagebericht des Bundeskriminalamtes wohl auch Konsequenzen für Deutschland haben. Die Stimmung unter den PKK-Anhängern sei gereizt, Anschläge werden nicht ausgeschlossen. Schon Anfang Januar sei es nach Durchsuchungen und Festnahmen in Süddeutschland zu scharfen Protesten gekommen.

Nachdem der Europarat im Februar entschieden habe, dass eine Neuaufnahme des Prozesses gegen den in der Türkei inhaftierten PKK-Chef Abdullah Öcalan juristisch nicht notwendig sei, habe dieser über seine Anwälte verbreiten lassen, dass Deutschland an dieser Entscheidung ein hohes Maß an Mitschuld trage. Darüber hinaus werfe Öcalan der Bundesrepublik vor, seit 1985 Waffen an die Türkei zu liefern, PKK-Abtrünnige aufzunehmen und den Nationalismus in der Türkei zu unterstützen.

In einer Pressekonferenz in Rom im März haben Öcalans Anwälte behauptet, die türkische Regierung vergifte den Kurdenführer. Als angeblichen Beweis legten sie Haare ihres Mandanten vor, die laut Laboruntersuchung eine chronische Vergiftung durch Schwermetalle belegten. Der Vorsitzende des KKK-Exekutivrates, Murat Karayilan, kündigte daraufhin an, die Kurden würden diesem hinterhältigen Angriff auf Öcalan nicht tatenlos zusehen. Auch andere führende Kurdenfunktionäre in Europa hätten Aktionen angekündigt. In Deutschland habe es danach eine Reihe angemeldeter Demonstrationen gegeben, heißt es in dem Bericht.

Sollten türkische Streitkräfte im Nordirak militärisch intervenieren, komme es zu einer nicht unerheblichen Eskalation des Konfliktes in der Türkei, sagen die deutschen Sicherheitsbehörden voraus. Es sei mit terroristischen Aktivitäten in den Tourismusgebieten zu rechnen. Jede Verschärfung des Konflikts in der Türkei werde Rückwirkungen auf das Verhalten der PKK in Deutschland haben.

(F.A.Z., 13.6.07)

### **Türkei-EU: Vollbremsung oder Durchstarten?**

Unter dieser Überschrift veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung am 15. Juni 2007 eine internationale Fachtagung im Berliner Abgeordnetenhaus. Eingeladen waren die Vorsitzende des Unternehmerverbandes TÜSIAD, Arzuhan Yalcindag, der Berater und Informationskoordinator des türkischen Premiers, Cüneyd Zapcu, von der Bilgi Universität Prof. Dr. Burhan Senatarlar, von TÜSIAD Brüssel Dr. Bahadır Kaleagasi, der

Vorsitzender der gemischten Parlamentarierausschusses EU-Türkei, Jost Lagendijk, von der Stiftung Wissenschaft und Politik Dr. Heinz Kramer, Elmar Brok, MdEP CDU Rainder Steenblock, MdB Bündnis 90/ Die Grünen, von der kemalistischen Tageszeitung Oral Calislar, Bundesvorsitzende der Grünen und MdB, Claudia Roth, Ralf Fücks, Dr. Ulrike Dufner und Özcan Mutlu ebenfalls alle aus den grünen Spektrum.

Wie die ReferentInnenrunde verdeutlicht, war das türkische Großkapital stark vertreten, als ob die gegenwärtige Stagnation der EU-Türkei-Beziehungen eher wirtschaftlicher Charakter hat zum Gegensatz der Politischen und Minderheits- und Menschenrechtlichen.

Die wahren Stolpersteine auf dem Weg Richtung EU, die alltäglichen Menschenrechtsverletzungen, die Kurdenfrage, die Probleme der religiösen und ethnischen Minderheiten und der Stillstand des Annäherungskurses bezüglich der Demokratisierung waren anscheinend nicht so gewichtig, einen Vertreter der Menschenrechtsorganisationen, NGOs und der legalen kurdischen Bewegung einzuladen.

Einige der aus der Türkei eingereisten ReferentInnen setzten sich mit der aktuellen Situation auseinander und einige Andere berichteten über die Wirtschaftswunder in der Türkei. Alle waren einig, dass der Nationalismus in der Türkei tagtäglich zunimmt.

Nach Prof. Dr. Senataler werden die Wahlen stattfinden, die Armee wird nicht putschen und die AKP wird als stärkster Kraft ins Parlament einziehen.

Nach Lagendijk macht die Türkei seit dem Juni 2006 keine Fortschritte. „Die vier Prioritäten von Juni 2006 -Meinungsfreiheit, die Kurdenfrage, die Rolle der Armee und die Zypernfrage- blieben auf der Agenda. Nach einem Jahr, nämlich im Juni 2007 sind bei diesen Prioritäten keine Verbesserungen zu verzeichnen. Die Lage ist schlechter als vor einem Jahr. Weder in der Türkei noch in der EU redet niemand mehr von den Beziehungen EU-Türkei.

Mit einer Invasion in den Irak wird die EU-Option endgültig zu Ende gehen. Wir brauchen neue Fortschritte bezüglich der Meinungsfreiheit und der Kurdenfrage. Ohne grundlegende Veränderungen und Verbesserungen in diesen Feldern können die Beziehungen nicht fortgesetzt werden. Ich hoffe aber, dass nach den Wahlen der Annäherungsprozess der Türkei zur EU einen neuen Anlauf nehmen wird.“

## Die kurdische Sendung des WDR feiert Geburtstag

Die kurdische WDR-Radiosendung Bernama Kurdi („Kurdisches Programm“) feiert in diesen Tagen ihr 20-jähriges Bestehen. Die Festveranstaltung findet am 16. Juni im Rahmen des traditionsreichen Festivals für Weltkulturen Kemnade 2007 in Hattingen statt.

Der WDR startete das europaweit erste Radioprogramm in kurdischer Sprache am 7. Februar 1987. Bis heute hat sich das „Kurdische Programm“ zu einem modernen, kulturpolitischen Magazin für Kurden in NRW entwickelt und ist Teil des muttersprachigen Programms von Funkhaus Europa, dem multikulturellen Hörfunkprogramm des WDR. Sendetermin ist sonntags, 18.05 bis 19.00 Uhr. „Bernama Kurdi ist beispielhaft für Funkhaus Europa“, stellt WDR-Hörfunkdirektor Wolfgang Schmitz fest. „Es bietet seriöse, unabhängige Berichterstattung, verlässlichen Service und ist nah dran am Alltagsleben der Hörerinnen und Hörer. Und das in 17 Sprachen.“

Die erste Ausgabe dauerte 15 Minuten. Im Rahmen der Sendereihe „Radio Dortmund International“ informierte sie einmal wöchentlich über Ereignisse in Dortmund. Nach der ersten Sendung stand das Telefon in der Redaktion nicht mehr still. Von türkischer Seite kamen heftige Proteste. Die kurdischen Hörer dagegen waren überwältigt, erinnert sich die WDR-Redakteurin Monika Gotthold: „Die Leute berichteten uns unter Tränen, wie sie sich gefreut hätten, eine Sendung in ihrer Sprache zu hören.“ Funkhaus Europa-Chefin Jona Teichmann ergänzt: „Für viele Kurden in Deutschland war die Einrichtung von 'Bernama Kurdi' ein ganz wichtiges Zeichen: Sie sind willkommen, ihre Sprache und Kultur wird ernst genommen und hat einen Platz in ihrer zweiten Heimat.“

Der WDR hielt trotz aller Kritik an der Sendung fest. Sukzessive wurde die Sendezeit auf heute 55 Minuten erweitert. Seit 1989 ist Bernama Kurdi außerdem NRW-weit zu hören. Politische Ereignisse in Kurdistan sowie in Deutschland prägen die Sendung. Die Hörergemeinde wächst stetig – nicht zuletzt dank des engagierten Teams kurdischer Autorinnen und Autoren. „Aus einem Radio-Experiment, das in Europa einzigartig war, ist eine wirklich gute Sendung geworden. Sie nimmt in der kurdischen Medienlandschaft einen wichtigen Rang ein und genießt bei Hörerinnen und Hörern großes Ansehen“, lautet die positive Bilanz von Jona Teichmann, Programmchefin von Funkhaus Europa.

Die Themenpalette hat sich verändert und erweitert, ebenso wie das kurdische Leben in NRW. Bot „Bernama Kurdi“ zunächst vor allem Lebenshilfe für Menschen, die als Gastarbeiter, Flüchtlinge und Exilanten in ein fremdes Land gekommen waren, wird heute vor allem über politische und kulturelle Themen und kurdisches Leben in Deutschland berichtet. Außerdem ist viel aktuelle kurdische Popmusik zu hören, die bei den Hörerinnen und Hörern gut ankommt. Gesendet wird auf Kurmanci und Sorani, den zwei Hauptvarianten der kurdischen Sprache.

Weitere Infos unter [www.funkhaus-europa.de](http://www.funkhaus-europa.de)

## Herausforderung zum Frieden und Demokratie in Europa

Unter diesem Motto findet eine viertägige Konferenz vom 21.-24. August 2007 in Sakarya statt.

Themen der Veranstaltung: Faden des Terrorismus, Friedens und der Zukunft auf die Sicherheit Europas; Grenzen der Zivilisation in Europa; politische Identität und die Rekonstruktion der Europäischen Union; Okzident und Orient in Europa nach dem 11. September; Kultur der Bürgerrechte und Demokratie in Europa; Die Rolle der internationalen Organisationen im globalisierten internationalen System (UN, NATO, OSZE, und EU); Frieden und Krieg im Südosteuropa; Rolle der NGOs in Krisenmanagement und Wiederaufbau.

Konferenzkoordinatorin: Dr. Nesrin Kenar, [nkenar@sakarya.edu.tr](mailto:nkenar@sakarya.edu.tr)

## Neuerscheinungen

### Konflikte und Konfliktlösungen

#### Die Transcend- Methode und ihre Anwendung

Von Johan Galtung

Dieses Buch befasst sich damit, wie man Konflikte auf verschiedenen Ebenen überwindet, mit 40 konkreten Beispielen aus vier Jahrzehnten praktischer Erfahrung des Autors als Vermittler. Im Gegensatz zur gerichtlichen Vorgehensweise, wo

entweder der einen oder der anderen Partei Recht zugesprochen wird, überbrückt eine gute Konfliktlösung die Differenz zwischen den legitimen Zielen aller Parteien. Konflikte können selten "gelöst" werden im Sinne, dass sie völlig zum Verschwinden gebracht werden. Doch können und müssen sie transformiert werden, so dass sie friedlich ausgetragen werden können, ohne Gewalt, weder körperliche noch sprachliche.

TRANSCEND (d.h. überschreiten oder überwinden, siehe [www.transcend.org](http://www.transcend.org)) ist auch der Name eines vom Autor gegründeten globalen Friedens- und Entwicklungsnetzwerks, bestehend aus eingeladenen Akademikern-Praktikern, die handeln, ausbilden, forschen und veröffentlichen, im Rahmen von 20 Programmen.

"Die TRANSCEND-Methode" ist ein Handbuch, das hilft, Konflikte zu verstehen, zu bearbeiten, und schließlich zu überwinden.

Zu bestellen bei: Kai Homilius Verlag & Kai Homilius Publishing House, SPOTLESS Verlag, <http://www.kai-homilius-verlag.de>, [public@kai-homilius-verlag.de](mailto:public@kai-homilius-verlag.de)

### **Grundrechte-Report 2007.**

Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland.

Der Grundrechte-Report zur Lage der Bürger- und Menschenrechte erscheint seit 1997 jährlich und wird von neun Menschenrechtsorganisation herausgegeben:

Humanistische Union, Gustav Heinemann-Initiative, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Bundesarbeitskreis Kritischer Juragruppen, Pro Asyl, Republikanischer Anwaltsverein, Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen, Internationale Liga für Menschenrechte, Neue Richtervereinigung.

Wenn regierende Politiker das Verbot des Angriffskriegs umgehen, wenn sie das Folterverbot relativieren, wenn Geheimdienste Bürgerrechtler observieren und in die Pressefreiheit eingreifen, wenn Polizeibehörden bei Ermittlungen vorsätzlich gegen Recht und Gesetz verstoßen, wenn sich selbst die Justizverwaltung über Gerichtsurteile hinwegsetzt - dann müssen die Bürgerrechtsorganisationen Alarm schlagen. Das geschieht in diesem Grundrechte-Report. Zahlreiche aktuelle Fälle geben Anlass zur Sorge: Der Respekt der Exekutive vor der Rechtsstaatlichkeit lässt nach. Und auch die Sozialstaatlichkeit - ebenfalls ein Gebot des Grundgesetzes - ist in Schieflage geraten. Die Bestandsaufnahme verlangt nach verstärktem demokratischem Engagement.

Fischer-Taschenbuch-Verlag, Frankfurt/M. 2007, 250 Seiten, 9.95 Euro

### **MENSCHENRECHTE IN ZEITEN DES TERRORS - Kollateralschäden an der „Heimatfront“**

Von Rolf Gössner

Mit dem Buch wird erstmals das ganze Ausmaß der staatlichen Terrorismusbekämpfung seit 2001 mitsamt ihren fatalen Auswirkungen auf Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaat in der Bundesrepublik herausgearbeitet und anhand zahlreicher Fallbeispiele anschaulich dargestellt. Das Buch liefert auch den rechtspolitischen und bürgerrechtlichen Hintergrund für die aktuelle Debatte um die neuesten Überwachungspläne und zur „schönen neuen Welt“ des Dr. Schäuble.

Konkret Literatur Verlag, Hamburg, 288 Seiten, € 17,00; [info@konkret-literatur-verlag.de](mailto:info@konkret-literatur-verlag.de), [www.konkret-literatur-verlag.de](http://www.konkret-literatur-verlag.de)

### **Menschen aus der Geschichte der Kurden**

Von Süleyman Deveci

Süleyman Deveci porträtiert bedeutende Persönlichkeiten aus der Geschichte der Kurden .

„Wenn in Europa über Kurden geredet wird, denkt man automatisch an die PKK oder an die Politiker Talabani und Barzani. Im Nahen Osten aber sind die Kurden das älteste Volk der Region, ohne ein eigenes Land und ohne Regierung. Mittlerweile wurden die Kurden über die ganze Erde verstreut. Sie leben in vielen Fällen gezwungenermaßen in der Diaspora. Auch in Europa zählen sie inzwischen mehr als eine Million Menschen. Durch sie haben die Europäer erfahren, was in ihrem Land wirklich vorgeht.“

novum Verlag GmbH, [office@novumverlag.com](mailto:office@novumverlag.com), [www.novumverlag.com](http://www.novumverlag.com), ISBN 978-3-902536-52-5

### **Reformen im Mittleren Osten**

Bergedorfer Gesprächskreis

Stabilität im Mittleren Osten ist nur durch ein gemeinsames Vorgehen Europas und der USA in enger Abstimmung mit Vertretern der Region erreichbar. Beim 133. Bergedorfer Gesprächskreis analysieren Politiker und Experten aus dem Mittleren Osten, den USA und EU-Mitgliedsstaaten die aktuelle Situation und diskutierten politische Handlungsoptionen.

Edition Körber-Stiftung, ISBN 978-3-89684-244-2, [edition@koerber-stiftung.de](mailto:edition@koerber-stiftung.de), [bg@koerber-stiftung.de](mailto:bg@koerber-stiftung.de), [www.edition-koerber-stiftung.de](http://www.edition-koerber-stiftung.de)

### **Community Organizing**

Von Leo Penta

Mehr als je zuvor brauchen wir Menschen, die sich für gelebte Demokratie einsetzen; Menschen, die sich den Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft stellen; Menschen, die gemeinsam eine lebenswerte und gerechte Gesellschaft entwerfen. Doch wie gewinnt man Mitstreiter für gemeinsame Anliegen? Wie kann die Zivilgesellschaft gestärkt werden, wie lassen sich Visionen und Entwürfe umsetzen?

Der Band liefert grundlegende Beiträge zum Ansatz des Community Organizing, praktische Beispiele aus den USA und Deutschland sowie ermutigende Portraits engagierter „Organizer“.

Edition Körber-Stiftung, ISBN 978-3-89684-066-0, [edition@koerber-stiftung.de](mailto:edition@koerber-stiftung.de), [schulz@koerber-stiftung.de](mailto:schulz@koerber-stiftung.de)

### **Hinweis auf sonstige Infostellen**

Azadi, [azadi@t-online.de](mailto:azadi@t-online.de); [www.nadir.org/azadi/](http://www.nadir.org/azadi/)

Demokratischen TürkeiForum, [info@tuerkeiforum.net](mailto:info@tuerkeiforum.net), [www.tuerkeiforum.net](http://www.tuerkeiforum.net)

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., [isku@nadir.org](mailto:isku@nadir.org); [www.nadir.org/isku/](http://www.nadir.org/isku/)

Kurdistan Report, [www.kurdistanreport.de](http://www.kurdistanreport.de)

Kurdistan Rundbrief, [www.kurdistan-rundbrief.de](http://www.kurdistan-rundbrief.de)

Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), [kdi@gmx.net](mailto:kdi@gmx.net)

Koalition Demokratisches Syrien (KDS), [kds-info@gmx.net](mailto:kds-info@gmx.net)

Mezopotamian Development Society, [MESOP@online.de](mailto:MESOP@online.de), [www.mesop.de](http://www.mesop.de)

NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V., [info@navend.de](mailto:info@navend.de), <http://www.navend.de/>

Kurdisches PEN-Zentrum, [webmaster@pen-kurd.org](mailto:webmaster@pen-kurd.org), <http://www.pen-kurd.org/>